Anfrage mit Vorrang zur schriftlichen Beantwortung P-003273/2022 an die Kommission

Artikel 138 der Geschäftsordnung

Marcos Ros Sempere (S&D), Victor Negrescu (S&D), Estrella Durá Ferrandis (S&D), Vilija Blinkevičiūtė (S&D), João Albuquerque (S&D), Hannes Heide (S&D), Sylvie Guillaume (S&D), Juan Fernando López Aguilar (S&D), Javi López (S&D), César Luena (S&D), Inma Rodríguez-Piñero (S&D), Clara Aguilera (S&D), Alicia Homs Ginel (S&D), Adriana Maldonado López (S&D), Petra Kammerevert (S&D), Massimiliano Smeriglio (S&D)

Betrifft: Probleme im Zusammenhang mit angemessenem Wohnraum und erschwinglichen Mietpreisen für Studierende des Mobilitätsprogramms Erasmus+

Für Studierende, die beabsichtigen, die Mobilitätsmöglichkeiten im Rahmen von Erasmus+ zu nutzen, stellen die Mietpreise und das geringe Angebot an Unterkünften in den Zielländern ein Hindernis dar, das sich in den letzten Jahren noch verschlimmert hat. Die steigenden Mietpreise und das geringe Angebot an Unterkünften machen es für Studierende immer schwieriger, während ihrer Mobilitätsphase eine Unterkunft zu finden, die sie bezahlen können. Das bedeutet, dass sich nur diejenigen aus wohlhabenden Familien diese Erfahrung leisten können.

Der Umstand, dass viele die Miete für angemessenen Wohnraum oder ein Zimmer nicht aufbringen können, steht im Widerspruch zu den Grundsätzen des Programms Erasmus+ für diesen Zeitraum, das inklusiver werden soll. Die Lage hat sich so weit verschlechtert, dass zu Beginn dieses Studienjahres Studierende, deren Mobilität bereits genehmigt war, zum Abbruch und zur Rückkehr an ihre Universitäten gezwungen waren. Dies führte dazu, dass ihnen Lernphasen verloren gingen, und schadete ihrer psychischen Gesundheit.

- 1. Welche Maßnahmen beabsichtigt die Kommission zu ergreifen, um dieser Situation zu begegnen? Wie wird sie in diesem Zusammenhang mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten?
- 2. Hat sie die Möglichkeit in Betracht gezogen, die Höhe der Mobilitätszuschüsse im Rahmen von Erasmus+ anzuheben, damit die steigenden Mietpreise in der EU bewältigt werden können?